

Wallis

Kanton treibt Modernisierung weiter voran

Der Solarexpress erfuhr zwar keine Beschleunigung, doch stimmte die Bevölkerung bereits dem Bau von grösseren Solarprojekten zu. Aufgrund von Einnahmeausfällen agierte der Kanton ausgabenseitig umsichtig. Die Produktion von Wohnraum verläuft zwar dynamisch, kann im Oberwallis den Bedarf aber noch nicht decken. Und der Wohnungsmangel zeigt sich nun auch in Berggemeinden.

Von Stefan Schmid

Mit dem Ausbau des Standorts Visp hat der Life-Science-Konzern Lonza weltweit bereits Tausende von Fachkräften rekrutiert. Und bis 2026 will das Unternehmen weitere Stellen besetzen. Mit der Anstellung bietet das Regions- und Wirtschaftszentrum Oberwallis Zuzüglern Unterstützung bei

Behördengängen und Wohnungssuche sowie der Integration der neuen Mitbürger. Für die Willkommenskultur wurde die Organisation von der Schweizerischen Vereinigung für Standortmanagement Ende letzten Jahres ausgezeichnet. Tatsächlich gestaltet sich die Wohnungssuche mittlerweile im gesamten Oberwallis nicht nur

für die Zuzüger schwierig. In Visp betrug letztes Jahr die Leerwohnungsquote 0,19 Prozent (per 1. Juni), und in Brig-Glis lag sie bei 0,12 Prozent. Das sind auch im Vergleich zur Stadt Bern mit einer Quote von 0,44 Prozent sehr tiefe Werte.

Dabei hält der Bauboom in Visp an. Ende Jahr waren mehrere hundert Wohnungen im Bau. Angesichts der Bevölkerungsentwicklung muss die Gemeinde Visp mit einem hohen Investitionsvolumen die Infrastruktur erweitern. Dabei könnte Visp bald mit höheren Steuereinnahmen rechnen, denn neben der Lonza haben auch die Arxada und viele kleine und mittelgrosse Unternehmen ihren Sitz in der Gemeinde. Mittlerweile umfasst das Gemeindegebiet eine grössere Fläche, nachdem die benachbarten Gemeinden Eggerberg und Balt-schieder einer Fusion mit Visp zugestimmt haben.

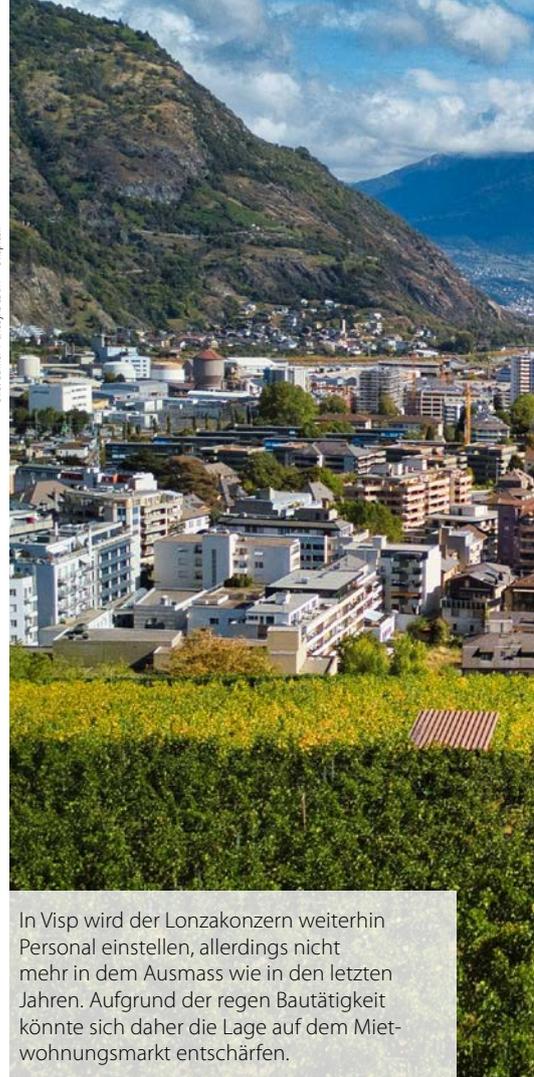
Tourismusorte geben Gegensteuer

Knapp ist das Angebot an bezahlbarem Wohnraum für die ortsansässige Bevölkerung oder für das Personal von Hotelbetrieben auch in den Seitentälern oder in den Tourismusorten. Und unter diesen Umständen kann es für Betriebe schwierig sein, geeignetes Personal zu finden. In Zermatt



In Sitten werden Ideen gewälzt für ein Trainingscenter und ein multifunktional nutzbares Fussballstadion. Entstehen soll im Gebiet auch ein neues Wohnquartier. Bis Ende Jahr sollen dann konkretere Pläne vorliegen.

Bild: daniel-f-ae08jfl6e5IM - Unsplash



In Visp wird der Lonza Konzern weiterhin Personal einstellen, allerdings nicht mehr in dem Ausmass wie in den letzten Jahren. Aufgrund der regen Bautätigkeit könnte sich daher die Lage auf dem Mietwohnungsmarkt entschärfen.



haben neun öffentliche und private Institutionen daher eine interkommunale «Genossenschaft zur Förderung von bezahlbarem Wohnraum im inneren Mattertal» gegründet. Ziel der Gesellschaft ist es, bestehende Wohnungen zu übernehmen, sie nach Bedarf umzubauen und sie als bezahlbare Mietwohnungen auf den Markt zu bringen. Gemeinnütziger Wohnraum müsse jedoch selbsttragend sein, um nachhaltig sein zu können, erklärte Genossenschaftspräsidentin Bianca Ballmann gegenüber dem «Walliser Boten». Und keine Partei dürfe finanzielle Einbussen erleiden. Mit einer Genossenschaft die Situation auf dem Mietwohnungsmarkt entschärfen wollen mehrere wichtige Akteure wie die Aletsch Arena oder die Aletsch Bergbahnen auch in der Gemeinde Riederalp.

Weinbau modernisieren

Eine Modernisierung der Wasserversorgung strebt das Weindorf Salgesch an. Die Gemeinde verfügt über zwei Wasserversorgungsnetze, eines für die Trinkwasserversorgung und eines für Bewässerung landwirtschaftlicher Flächen. Mit einer Erneuerung des Bewässerungssystems will die Gemeinde den Verbrauch in der Landwirtschaft um rund 40 Prozent senken, insbe-

sondere mit der Rebbewässerung. Neu soll in den Rebbergen ein System mit Tropfbewässerung installiert werden. Ein neues Bewässerungsreglement ist Bedingung dafür, dass auch die öffentliche Hand die Kosten mitträgt. Diese belaufen sich auf insgesamt 15,1 Millionen Franken. Neben Bund und Kanton beteiligen sich auch Parzelleigentümer an den Baukosten. Der Anteil der Gemeinde Salgesch beträgt 1,87 Millionen Franken. Wenn die Salgescher im Juni dem Projekt zustimmen, könnte es bis 2027 realisiert werden.

Doch der sorgsame Umgang mit Wasser soll auch kantonsweit gefördert werden, indem im Weinbau die sparsame Tröpfchenbewässerung in möglichst vielen Rebbergen zum Einsatz kommt. Denn die Walliser Regierung geht davon aus, dass der Klimawandel auch die Weinproduktion beeinträchtigen wird. Neben dem Wasserverbrauch müssen Betriebe zudem die Produktionsweise oft an die nicht mehr zeitgemässen Strukturen anpassen, obwohl im grössten Weinbaukanton der Schweiz fast die Hälfte des Bruttoertrags der Walliser Landwirtschaft mit dem Rebsaft generiert wird. Als weitere Gründe für die sinkende Rentabilität nennt der Kanton in einer Analyse zudem die mangelnde Zugäng-

lichkeit der Parzellen und die Überalterung des Rebsortenbestands sowie die Zerstückelung der Weinbauflächen. Die 4600 Hektaren Rebland sind laut eines Berichts des «Walliser Boten» in rund 75 000 Parzellen aufgeteilt, wobei die Grösse einer Durchschnittsparzelle 600 Quadratmeter beträgt. Wie andere Branchen hat auch der Weinbau mit Nachwuchsmangel zu kämpfen. Gesamthaft behindern die Bedingungen sowohl die wirtschaftliche als auch die ökologische Entwicklung. Die Regierung will nun Gegensteuer geben. Das Massnahmenpaket zur Modernisierung und Aufwertung des Walliser Weinbaugebiets fand in der Vernehmlassung breite Unterstützung.

Neben neuen Bepflanzungen sollen die Massnahmen auch bei der Produktion und dem Grundbesitz wirken. Ein Kernpunkt des Programms sind Landumlegungen. Bewirtschaftungseinheiten sollen unter Berücksichtigung von Ausnahmefällen eine Fläche von mindestens 3000 Quadratmeter umfassen. Auch sollen Terrassen mit Rampen ergänzt werden, um eine effizientere Bearbeitung der Rebberge zu ermöglichen. Bis 2038 will die Regierung laut Mitteilung 170 Millionen Franken im Rahmen des Projekts «Rebberg des 21. Jahrhunderts» in die Umsetzung der Massnahmen investieren.

Brig-Glis erweitert Infrastruktur

Zwar kommt die Dienststelle für Umwelt zum Schluss, dass die Walliser Abwasserreinigungsanlagen «sehr gut» funktionieren. Doch besteht bei der Abwasserreinigung noch Nachholbedarf, insbesondere beim Stickstoff und Mikroverunreinigungen. Der Kanton hat zuvor die Grenzwerte für den Betrieb verschärft und weitere Vorschriften erlassen wie die Verlegung des Auslaufwerks in den Rotten. Die höheren Anforderungen soll auch die Abwasserreinigungsanlage in Brig-Glis erfüllen, die nach 41 Betriebsjahren ohnehin hätte er-

Wallis	2022	2023
Bevölkerung (* prov. Zahl)	357282	365765*
Bevölkerungswachstum	1,15 %	2,37 %
Leerwohnungsziffer	1,87 %	1,69 %
Fläche Wallis : Fläche in km ² 5224,8		

Quelle: Bundesamt für Statistik

neuert werden müssen. Gleichzeitig will der Gemeindezweckverband, dem neun Gemeinden und zwei Industrieunternehmen angeschlossen sind, die Kapazität erweitern. Damals für 60 000 Einwohner konzipiert, wird die Anlage laut dem «Walliser Boten» nun für einen Zeithorizont von 30 Jahren und auf 80 000 Personen ausgelegt. Zum Einsatz kommen wird künftig die Membranfiltration, mit der sich neben Bakterien und Krankheitskeimen auch Mikroplastik sowie Medikamentenrückstände, Biozide, Inhaltsstoffe aus Körperpflegeprodukten oder Reinigungsmitteln sowie Farben aus dem Abwasser entfernen lassen. Dies war mit der bestehenden Anlage nicht mehr in vollem Umfang zu bewerkstelligen. Die Kosten belaufen sich auf 63 Millionen Franken, wobei sich Bund und Kanton mit 19 Millionen Franken beteiligen. Grundsätzlich zeigt auch die kantonale Statistik, dass das Bewusstsein wächst, Wasser als knappes Gut zu betrachten. Kantonweit ging in den letzten Jahren die Abwassermenge pro Einwohner stetig zurück.

Neues Fussballstadion in Sitten

In Sitten sollen die Voraussetzungen geschaffen werden für das Fortbestehen des Profifussballs im Wallis sowie die Nachwuchsförderung. Involvierte Verbände sowie die Stadt und der Kanton haben mit dem Fussballverein eine Absichtserklärung vereinbart, um die professionelle Ausübung des Fussballsports dauerhaft zu sichern und die Zukunft des Fussballs im Kanton breiter abzustützen. Bisher hat der umtriebige Präsident und Mäzen Christian

Constantin über viele Jahre den FC Sion geprägt. Im Kern geht es um die Etablierung einer kantonalen Fussballakademie samt Trainingsplätzen und den Bau eines Stadions mit rund 15 000 Sitzplätzen, dessen Fassungsvermögen für andere Grossanlässe auf 25 000 Plätze erweitert werden kann. Im Gebiet soll zudem ein neues Wohnquartier entstehen. Gesamthaft ist von einem Investitionsvolumen von mehreren hundert Millionen Franken die Rede. Die Absichtserklärung gilt laut eines Berichts des «Walliser Boten» bis Ende 2024. Bis dahin sollen den vorgestellten Ideen konkrete Pläne folgen.

Aufgrund des knappen Angebots an Wohnraum im Oberwallis zogen 150 Lonzianer im vergangenen Jahr in die Region von Siders. Stadtpräsident Pierre Berthod konstatiert zudem einen «deutlichen Steueraufschwung». Nach wie vor steht in der viertgrössten Stadt des Kantons eine Projektidee im Raum, welche den Bau einer neuen Eishalle für den HC Siders und eines Wohnquartiers betrifft. Die Stadt Martinach wiederum, die finanziell vor schwierigen Jahren steht, will laut der Zeitung «Le Nouvelliste» mit einer Million Franken für die nächsten Jahre die bestehende Struktur der Eishalle sichern, um während dieser Zeit ein neues Eisbahnprojekt zu initiieren.

Kanton stabilisiert Ausgaben

Der Kanton kann die Staatsrechnung 2023 mit einem Ertragsüberschuss von 34,1 Millionen Franken abschliessen. Weil absehbar war, dass die budgetierten Gelder aus der Ausschüttungsreserve der Schweizeri-

schen Nationalbank im Umfang von 107,3 Millionen Franken nicht fliessen werden, hat die Regierung die Ausgaben stabilisiert, indem Projekte je nach Dringlichkeitsstufe zurückgestellt wurden. Denn aufgrund gestiegener Energiepreise, Mieten und Gebäudeunterhalte ergaben sich Mehrausgaben von rund 100 Millionen Franken. Aus der Grundstückgewinnsteuer flossen dem Kanton jedoch 44 Millionen mehr zu als budgetiert, aus der Wasserkraftsteuer betrug das Plus 27 Millionen Franken. Und die Steuereinnahmen von jährlich 3500 bis 4000 Neuzuzüglern in den Kanton trugen ebenfalls dazu bei, dass die Staatsrechnung 2023 mit einem Plus abgeschlossen werden konnte, wie Finanzdirektor Roberto Schmidt gegenüber dem «Walliser Boten» betonte. Bei der Verschuldungsquote, welche die Bruttoverschuldung in Relation zum Bruttoinlandprodukt setzt, liegt das Wallis mit 16 Prozent im Vergleich zu den anderen Kantonen im Mittelfeld bei einem Medianwert von 15 Prozent.

Kompetenzzentrum Conthey

Bevor der Bau des letzten Teilstücks der A9 in Angriff genommen wird, finden im Pfywald während vier Jahren archäologische Grabungen statt, die sich auf die Entwicklungen der letzten drei Jahrtausende beziehen sollen. Bereits seit zwei Jahrzehnten fördern Archäologinnen und Archäologen in diesem für die Walliser Geschichte bedeutenden Gebiet Artefakte zutage. Forscherinnen und Forscher erhoffen sich neue Erkenntnisse über Besiedlung und Bewirtschaftung der Region. Die Gesamtkosten für die Forschungsarbeiten im Gebiet belaufen sich auf 23 Millionen Franken, finanziert aus den Mitteln für den Autobahnbau. Um die Fundgegenstände der Archäologie und weitere Kulturgüter nach internationalen Standards lagern zu können, ist in Conthey das Kompetenzzentrum «Eterpys» geplant. Ein Teil der Gebäudefläche wird auch die Kantonspolizei nutzen für die Lagerung beschlagnahmter Gegenstände und für wissenschaftliche Untersuchungen. Die veranschlagten 25 Millionen Franken für den Bau werden dem Fonds zur Finanzierung der Investitionen und der Geschäftsführung staatlicher Immobilien (Fonds FIGI) entnommen.

Solardekret abgelehnt

Um die Bewilligungsverfahren für solare Grossanlagen zu beschleunigen, hatte das Kantonsparlament mit einer Zweidrittelmehrheit dem Solardekret zugestimmt.



Bild: Compagnie Industrielle de Monthey (CIMO)

Gemäss einer Studie ist die Bevölkerung dafür, dass grosse Solaranlagen eher in den Hauptalpentälern sowie in Gebieten gebaut werden, wo bereits eine touristisch oder landwirtschaftlich genutzte Infrastruktur vorhanden ist. Bild: Geplante Solaranlage in Monthey.



Bild: Staat Wallis

In der Region des künftigen A9-Abschnitts Pfyn werden archäologische Grabungen durchgeführt. Mit der Linienführung einer geplanten Starkstromleitung befassen sich zudem erneut Fachstellen von Bund und Kanton.

Auch der Verband der Walliser Gemeinden war dafür. Mit dem Dekret wäre die gesetzliche Grundlage geschaffen worden, dass bei solchen Projekten die Kantonsregierung die Genehmigungen erteilt anstelle der kantonalen Baukommission. Aus Umweltschleisen wurde gegen das Dekret das Referendum ergriffen. Schliesslich wurde das Ansinnen von Regierung und Parlament von der Stimmbevölkerung abgelehnt. Am runden Tisch will der Staatsrat nun mit «Akteuren der Energieerzeugung und Energieübertragung und mit Vertretern der Politik und Umweltverbänden» eine Diskussion über die zu realisierenden Projekte führen. Inzwischen sagte die Bevölkerung der Gemeinde Varen Nein zu einer PV-Anlage auf ihrer Alp, auch in Albinen wurde ein geplantes Projekt abgelehnt. Gampel-Bratsch hiess dagegen den Plan gut, eine solare Energiequelle zu erschliessen. Auch in Grenchiols gab es Zustimmung, allerdings für eine redimensionierte Anlage. Einen Schritt weiter ist Gondosolar, für das die Promotoren letztes Jahr das Baugesuch eingereicht haben (siehe Projekte Wallis).

Widerstände in der Bevölkerung können Energieprojekte erschweren oder gar verhindern, wie Boris Salak, Landschaftsforscher an der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL) sowie an der TU Wien, gegenüber dem «Walliser Boten» erklärte. Er ist Verfasser einer Studie, welche für die Schweiz jeweils die «optimalen» Standorte für Energieanlagen ausweist, seien dies nun Wind- oder PV-Anlagen auf Freiflächen oder Gebäuden. Eine Erkenntnis aus der

Studie ist, dass nach Meinung der Bevölkerung die Anlagen eher in den Hauptalpentälern gebaut werden sollten und in Gebieten, wo bereits touristische Infrastrukturen existieren wie in Skistationen oder bei landwirtschaftlich genutzten Flächen.

Monthey nimmt Solarexpress

Um für Unternehmen und Haushalte eine nachhaltige Stromquelle anzuzapfen und die Energieautonomie zu erhöhen, planen die industriellen Betriebe von Monthey auf dem Gemeindegebiet im Talgrund den Bau einer Solaranlage. Mit einer geplanten Ausbeute von 11,5 Gigawattstunden liessen sich 2800 Haushalte mit Strom versorgen. Die Baugenehmigung soll dem Vernehmen nach im Verlaufe des Frühlings vorliegen, sodass die Inbetriebnahme mit Blick auf die beim Solarexpress gesetzten Fristen bis Ende 2025 erfolgen könnte.

Den Solarstrom könnten auch Unternehmen beziehen, die im Life-Science-Cluster von Monthey ansässig sind. Nach der Inbetriebnahme des 21,5 Millionen teuren «Bioark 3» Ende letzten Jahres sollen dort bis 2027 auf Biowissenschaften und -technologie spezialisierte Unternehmen angesiedelt werden, wie die Zeitung «Le Nouvelliste» schreibt. Gemäss Stadtpräsident Stéphane Coppey gibt es bereits grobe Pläne für einen Ausbau mit einem weiteren Gebäude.

Für den Ausbau der Wasserkraft hat der Kanton in den letzten Jahren eine Reihe von Projekten evaluiert, bei denen die Nutzung mit dem Eingriff in die Umwelt vertretbar ist. Acht Projekte wurden an den

Bund weitergeleitet, um im kantonalen Richtplan in die Kategorie «geregelte Koordination» eingestuft zu werden, was vom Bund Anfang Jahr genehmigt wurde. Durch den Rückgang der Gletscher entsteht Speicherkapazität, welche durch die Erhöhung bestehender Staudämme oder den Bau neuer Staumauern erschlossen werden kann. Mit dem Ausbau der Winterstromproduktion beläuft sich laut dem Kanton die Ausbeute auf 1250 GW/Jahr, wobei rund die Hälfte davon auf den Speichersee bei Zermatt entfällt.

Freileitung oder Kabel im Pfyn

Dereinst muss der zusätzlich produzierte Strom zu den Verbraucherzentren im Mittelland gelangen. Dazu plant die nationale Netzgesellschaft Swissgrid eine Kapazitätserhöhung mit einer neuen 380-kV-Leitung zwischen Chippis und Agarn, die auch durch den Pfynwald führt. Geprüft wurden neben einer Freileitung etwa die Verkabelung durch einen Felsenstollen oder eine Bündelung mit dem Autobahntunnel A9 durch den Pfynwald. Letztere Variante lasse sich laut der Dienststelle für den Nationalstrassenbau des Kantons Wallis erst nach Vollendung des Teilstücks durch den Pfynwald in Erwägung ziehen. Swissgrid lehnt diese Variante aus zeitlichen Gründen ab, da die höhere Kapazität für den Transfer des Stroms vorher zur Verfügung stehen muss. Das Bundesamt für Energie (BFE) will laut dem «Walliser Boten» die Variantenfrage beim laufenden Plangenehmigungsverfahren mit den Fachstellen von Bund und Kanton klären. ■